

Drucken

Fenster schließen

Startseite >> Politik >> Aktuelles

Streit um Atomausstieg Für SPD Koalitionsfrage

Berlin - Die SPD will in den weiteren Koalitionsgesprächen mit der Union ein Hinausschieben des Atomausstiegs kategorisch ablehnen. Das erklärten die stellvertretende SPD-Vorsitzende Ute Vogt und der Bundestags-Fraktionsvize Michael Müller am Mittwoch. SPD-Unterhändler Ulrich Kelber warnte: "Wer das in Frage stellt oder substanzielle Änderungen von den Sozialdemokraten erwartet, der gefährdet die Koalitions-Verhandlungen."

Die Sozialdemokraten entsprachen mit der Klarstellung dringlichen Forderungen von IG Metall, Umweltverbänden und Grünen. Längere Laufzeiten der Atommeiler verlangte dagegen der baden-württembergische Regierungschef Günther Oettinger (CDU).

Auslöser des Streits ist ein Positionspapier der großen Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall zusammen mit den beiden Gewerkschaften Bergbau-Chemie-Energie (BCE) und ver.di zur Energie- und Atompolitik. Es schlug bundesweit hohe Wogen. Unter großem Druck anderer Gewerkschafter sowie SPD und Grünen machte ver.di-Chef Frank Bsirske am Abend einen Rückzieher. Er hatte das Papier mit unterschrieben und erklärte nun, seine Gewerkschaft halte am Atomausstieg fest. "Ver.di hat sich immer für einen geregelten Atomausstieg ausgesprochen. Daran ändert sich nichts."

In dem am Vortag bekannt gewordenen Positionspapier verlangen die Unterzeichner dagegen ein unbefristetes Festhalten am Atomstrom sowie an Stein- und Braunkohle. Zugleich soll die nukleare Endlagersuche wieder in Gorleben aufgenommen werden, was besonders in Niedersachsen zu heftigem Streit führte. Auch hier distanzierte sich Bsirske von dem Papier. Er habe Zweifel an der Eignung des Salzstocks Gorleben. Die neue Bundesregierung dürfe daher die Suche nach einem geeigneten Standort nicht aussitzen. Sonst laufe die Entscheidung doch auf Gorleben zu.

Scharfe Kritik an den beiden beteiligten Gewerkschaften kam vom scheidenden Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne). Gerade die Mitglieder von IG BCE und ver.di seien doch die Hauptbetroffenen des Arbeitsplatzabbaus bei RWE und E.ON gewesen, sagte er dem "Handelsblatt" (Donnerstag). Damit bedienten sie lediglich das Gewinninteresse. "Die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne würde durch eine Verlängerung der Laufzeiten zementiert."

Die SPD reagierte zugleich auf Darstellungen, sie sei zu einer Verlängerung der Laufzeiten um acht Jahre gemäß Unionsforderungen bereit. "Wollte die Union auf dieser Forderung bestehen, würde es keinen Koalitionsvertrag geben", sagte Kelber. SPD-Fraktions-Vize Müller erklärte, die bisherige "Weichenstellung rückgängig zu machen, ist für die SPD nicht verhandelbar". Dies habe der designierte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht. Auch Vogt sagte der dpa: "Der Ausstieg ist Kernbestand sozialdemokratischer Politik. (...) Man darf künftigen Generationen nicht mehr und mehr Atommüll vorsetzen."

Oettinger, in dessen Bundesland mit EnBW eines der vier führenden Energieunternehmen sitzt, sagte der "Wirtschaftswoche": "Ich werde mich aber vehement dafür einsetzen, dass die Laufzeiten von Neckarwestheim und Philippsburg um fünf bis zehn Jahre verlängert werden." Nur durch längere Laufzeiten könne Deutschland "auf lange Sicht die Klimaschutzziele einhalten und den Übergang zu erneuerbaren Energien wie Biothermie, Geothermie und Biomasse schaffen".

Die Konzerne wurden indessen vom Bundesverband der deutschen Industrie und vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag unterstützt. Die IG Metall sieht dagegen keinen Grund, den Ausstieg aus der Atomenergie bei den Koalitionsverhandlungen in Frage zu stellen. Umweltverbände wie der BUND warnten die SPD, mit einer Laufzeitverlängerung Wahlversprechen zu brechen.

dpa

Datum: 26.10.2005 20:07 Uhr

[drucken] [versenden] [leserbrief] [nach oben]

Unter dieser Adresse finden Sie den Artikel im Internet:

<http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/aktuell/art297,446472.html>

Copyright © 2003-2005 Munich online GmbH - Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Munich online GmbH